

## Informationsdienst des CGB

**INTERN**  
August 2005

### Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach der Entscheidung des Bundespräsidenten wird nun am 18. September 2005 die Wahl zum neuen Bundestag erfolgen. Damit ist die Voraussetzung für den politischen Neuanfang in Deutschland gelegt. Ich freue mich ganz persönlich, dass ich auf der CSU-Landesliste einen guten Platz erhalten habe und somit mit hoher Wahrscheinlichkeit auch dem nächsten Bundestag angehöre.

Dies will ich dann nutzen, dem CGB und seinen Einzelgewerkschaften wie bisher mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Es gilt aber heute auch Rückschau zu halten. Im Oktober 2004 haben mich die Delegierten des CGB-Bundeskongresses zum Vorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands gewählt. Ich will allen danken, die mich in den ersten Monaten mit viel Engagement und Ideen unterstützt haben. Ich möchte Sie und Euch bitten, auch in Zukunft so aktiv und partnerschaftlich weiterzumachen. Wir konnten in dieser kurzen Zeit schon viel gemeinsam erreichen. Der CGB ist heute mehr denn je anerkannter und gefragter Partner für die Politik.

Ich empfehle allen die Lektüre unserer Standpunkte zur Bundestagswahl. Hier sind wichtige Forderungen und Vorschläge für eine zukunftsorientierte Politik für Deutschland zusammengefasst. Dabei haben wir auch mit der notwendigen konstruktiven Kritik nicht gespart. Nur so wird es möglich sein, den richtigen Weg zu finden und zu gehen.



Ihr Matthias Strebl, MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses Wirtschaft und Arbeit

### Quo vadis Deutschland ?

von Martin Stock – CGB Bundesvorstand

In der CDU wurde spekuliert, ob man einen speziellen Ostwahlkampf inszenieren soll, die SPD schwankt zwischen neoliberalen Mittelkurs und sozialistischer Tradition, die FDP „haut drauf“ nach Manchester-Kapitalismus-Art, Grüne wissen nicht so recht wohin und die Linkspartei/PDS ist schon nach wenigen Wochen in zwei oder mehr Lager gespalten. Wem also trauen? Alle rufen auf, ihnen das „Vertrauen zu schenken“. Aber um zu vertrauen, muss ich doch wissen, was der- oder diejenige mit meinem Vertrauen anfängt.

Die Zahl derer, die einfach „nur so wählen“, weil sie „schon immer so gewählt“ haben, wird immer kleiner. Ist es Überzeugung von der Programmatik der Partei, der ich mein Kreuz gebe, oder ist es die Abwägung, das kleinste Übel zu wählen? Das bleibt jedem selbst überlassen. Eines ist jedoch klar, Deutschland will und braucht einen Politikwechsel. Dies allein scheint, ähnlich wie 1998 bei der Abwahl von Helmut Kohl, wahlentscheidend zu sein. Wer auch immer die Wahlen im September gewinnen wird, der „politische Stein des Weisen“ wird begraben bleiben.

26,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wurden Ende 2004 gezählt. Sie sind Wählerinnen und Wähler. Man hofft, dass sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Aber wie lautet das „vertrauensbildende“ Angebot an diese Wählergruppe?

Abbau von Kündigungsschutz, Einschränkung der betrieblichen Mitbestimmung, Abbau tarifvertraglicher Sicherheit, Lohnverzicht und steigende Abgabenlast, Mehrarbeit ohne Ausgleich. Will und werde ich **das** wählen? Keiner hat es so ins Wahlprogramm geschrieben, wer aber zwischen den Zeilen liest, erkennt es doch.

Die vage Aussicht, dass sich die Wirtschaft erholt, und dadurch neue Arbeitsplätze entstehen oder bestehende gesichert werden, ist wohl kein geeignetes Lockmittel. Alle geschaffenen „Spielräume“ für die Unternehmen in diesen Bereichen, haben diese auch genutzt. Genutzt hat es denen sicher, aber leider nicht dem Arbeitnehmer, der durch das Ausnutzen dieser „Spielräume“ nun stundenlang auf dem Arbeitsamt sitzen darf. Denn Wahlen werden nicht in Chefetagen entschieden, schon eher auf den Gängen der Arbeitsämter.

#### Herausgeber:

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands  
Obentrautstraße 57 \* 10963 Berlin  
Tel.: 030 - 210 217 – 30  
Fax.: 030 - 210 217 – 40  
e-mail: [cgb.bund@cgb.info](mailto:cgb.bund@cgb.info)  
Internet: [www.cgb.info.de](http://www.cgb.info.de)  
ViSdP: Gunter Smits  
Redaktion: Martin Stock, Anne Kiesow

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands

## Internationale Zusammenarbeit:

### CGB-Spitze trifft sich mit Hans Widmann

Vertreter des CGB-Bundesvorstandes haben sich mit dem ehemaligen Vorsitzenden des autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbundes und heutigen Abgeordneten des italienischen Parlamentes, Hans Widmann, zu einem sozialpolitischen Gedankenaustausch getroffen.



v.l.n.r. Siegfried Widmann, Gunter Smits, Ivo Psenner (fcg/Österreich), Hans Widmann, Jörg Hebsacker

Die sozialpolitischen Herausforderungen in Südtirol, aber auch in Italien im Allgemeinen, unterscheiden sich von denen in Deutschland nicht wesentlich. Die Zukunft der Sozialen Sicherung wird dort genau so diskutiert, wie dies in Deutschland geschieht. Dabei ist festzustellen, dass gesellschaftliche Wertvorstellungen immer mehr dem Diktat der Wirtschaftlichkeit geopfert werden.

Vor allem für die Südtiroler liegt in dieser Entwicklung eine große Gefahr, sind es doch die gemeinsamen Wertvorstellungen, die diese Volksgruppe hat einig gegenüber der Zentralregierung in Rom auftreten lassen. Durch ein weiteres Aufbrechen der eigenständigen Südtiroler Identität droht eine starke Schwächung der Südtiroler Volkspartei, für die Hans Widmann als Kammerabgeordneter gewählt ist. Die Durchsetzung der Anliegen der Südtiroler gegenüber Rom würde damit erheblich erschwert.

### CGPT: Tagung des Berufsrates Post und Telekom in Paris

Auf Einladung der französischen Post- und Telekomgewerkschaft CFTC/PT kamen etwa 50 Gewerkschafter aus fast allen europäischen Ländern nach Paris, um auf einer Tagung des Berufsrates der Post- und Telekomgewerkschaften ihre Erfahrungen und Strategien für die Zukunft auszutauschen. Für die CGPT nahmen die Kollegen Targowski und Bösl teil.

Die Sitzung wurde von Manfred Wiedner, Stv. Vors. der GPF/Österreich geleitet. Die Begrüßung durch das Gastgeberland erfolgte durch den Vorsitzenden der CFTC/PT, Marc Maouche. Nach Impulsreferaten von Bernard Roy,

Direktor der europäischen und französischen Regulierungsbehörde Post und Jean-Claude Lorient, Direktor der Arbeitsbeziehungen bei Telecom France, fand eine interessante fachspezifische Diskussion mit den Teilnehmern statt. Die sozialen Auswirkungen der Deregulierung und die Verhinderung von negativen Folgen für die Beschäftigten standen dabei im Zentrum der Beiträge.

Neben der berufspolitischen Situation im Sozialen Dialog Post und Telekom hat sich der Berufsrat auch intensiv mit der Schaffung eines Komitees auf europäischer Ebene befasst, welches sich aus Experten der Mitgliedsstaaten, Experten der jeweiligen Regulierungsbehörden und Wissenschaftlern zusammensetzen soll. Daneben sollen die europäischen Gewerkschaftsdachorganisationen EUROFEDOP und UNI vertreten sein. Aufgabe dieser zentralen Einrichtung soll es sein, die Entwicklung der Beschäftigten im Telekommunikationsbereich in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU kritisch zu beleuchten. Dabei spielen auch die Investitionen der Firmen eine Rolle.

Die Aufgabe wird aber vor allem sein, die Folgen der Tätigkeiten und Investitionen der Firmen bezüglich Arbeitsbedingungen, Mobbing, Lohnentwicklung und Arbeitsplatzentwicklung genau zu analysieren. Ziel ist es, einen Vergleich der einzelnen Unternehmen zu erhalten.

Auch eine Diskussion bezüglich der Überlegungen zu der geplanten europäischen Dienstleistungsrichtlinie hat stattgefunden. Der Berufsrat Post und Telekom hat eine Resolution verfasst, in der die Herausnahme der Post- und Telekommunikationsunternehmen aus diesen Überlegungen verlangt wird, da für diese beiden Bereiche schon europäische Vorschriften existieren.

Nachfolgend berichteten die Ländervertreter über die Situation und die Probleme in ihren Staaten. Danach wurden die Berichte der einzelnen Arbeitsgruppen des Berufsrates Post und Telekom eingehend behandelt. Unter anderem wurde zum neuen Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Erweiterung“ Jadranko VEVAR von der RSRHPT (Kroatien) gewählt.

Zum Abschluss der sehr erfolgreichen Tagung wurde als nächste Veranstaltung von EUROFEDOP für Mitte September eine Konferenz in Luxemburg mit dem Thema „Die Richtlinie über Leistungen der Daseinsvorsorge“ angekündigt, über die wir berichten werden.

### Resolution von EUROFEDOP zur Dienstleistungsrichtlinie der EU

*Da die Vorschläge der Dienstleistungsrichtlinie jeglicher kontinuierlicher Dienstleistungserbringung entgegenwirken, lehnt der Berufsrat Post und Telekom von EUROFEDOP die Anwendung der Richtlinie auf Post- und Telekomdienstleistungen ab.*

*Es kann nicht im Sinne einer funktionierenden Europäischen Union sein, die Grundversorgung der Europäer mit Post- und Telekomdienstleistungen zu gefährden. Nur die großen nationalen Postbetreiber werden auch in Zukunft eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit für alle leistbaren Preisen zur Verfügung stellen können.*

*Auch die sozialen Standards, welche in den Kollektivverträgen niedergeschrieben sind, wären durch diese Vorgangsweise gefährdet. Hinzu kommt, dass zu befürchten ist, dass viele Arbeitsplätze nur mehr als Teilarbeitsplätze angeboten würden.*

*Daher fordern die Mitglieder von EUROFEDOP die Verantwortlichen auf, die Post- und Telekomdienstleistungen generell von der Dienstleistungsrichtlinie auszunehmen.*

## Wahlverfahren im Mitbestimmungsgesetz soll nun verfassungskonform sein

Die Bundesregierung hat die Wahlverfahren zur Wahl der Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräte angepasst. Diese Anpassung war notwendig geworden, weil das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 12. Oktober 2004 (1 BvR 2130/98) festgestellt hat, dass die bisherigen Bestimmungen nicht verfassungskonform sind.

Das Bundesverfassungsgericht hat ganz konkret gerügt, dass die Chancengleichheit der kleinen Gruppen im Betrieb durch das Delegiertenwahlprinzip unzulässigerweise eingeschränkt wird. Der Gesetzgeber hat darauf reagiert, indem er die Zahl der zu erbringenden Unterstützerunterschriften für eine Kandidatenliste halbiert hat. Er hat sich aber nicht darauf eingelassen, das Delegiertenwahlprinzip zugunsten eines Urwahlprinzips vollständig aufzugeben.

Der CGB hat in seinen Stellungnahmen darauf hingewiesen, dass die vorgenommenen Änderungen an der grundsätzlichen Benachteiligung der kleinen Gruppen nichts ändert. Durch eine Verringerung der Zahl der Unterstützerunterschriften wird nichts an der Zusammensetzung der Delegiertenwahlgremien verändert. Hier liegt aber der eigentliche Benachteiligungsgrund.

Aus Sicht des CGB sind mit den neuen Gesetzen die Chancen der kleinen Gruppen sogar erheblich verschlechtert worden, denn die Schwellenwerte für Mehrfachmandate sind reduziert worden. Damit wird das Wahlgremium kleiner und jeder Delegierte erhält ein größeres Gewicht. Logischerweise wird es jetzt für die kleinen Gruppen noch schwerer, in den kleiner gewordenen Wahlgremien vertreten zu sein.

Der CGB hat sich außerdem dafür eingesetzt, dass das Auszählverfahren geändert wird. Das sog. Auszählverfahren nach d'Hondt bevorteilt eher die großen Stimmenanteile, während das Verfahren nach Hare-Niemeyer die kleinen Gruppen etwas besser abschneiden lässt.

Der Gesetzgeber hat mit seinen Änderungen das Gegenteil von dem erreicht, was ihm das Bundesverfassungsgericht als Aufgabe gestellt hat. Aus Sicht des CGB sind die Wahlverfahren nach wie vor nicht verfassungskonform. Sie fordern geradezu zu einer erneuten gerichtlichen Überprüfung in Karlsruhe auf. Der CGB wird sich dafür einsetzen, in der von der Bundesregierung berufenen Expertenkommission zur Mitbestimmung (sog. Biedenkopf-Kommission) das Delegiertenwahlprinzip zugunsten des Urwahlprinzips abzuschaffen.

## Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten im BPersVG abgeschafft.

Mit der Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes und den entsprechenden Wahlordnungen wird zukünftig auch im Bundespersonalvertretungsrecht nicht mehr zwischen Arbeitern und Angestellten unterschieden. Das BPersVG ist durch Beschluss des Deutschen Bundestages im Juni entsprechend geändert worden. Nun liegt auch der Entwurf vor, die Wahlordnung zum BPersVG entsprechend anzupassen.

Der CGB hat sich für diese Änderungen ausgesprochen. In seiner Stellungnahme begrüßt er die Vereinfachung der Wahlverfahren. Aus unserer Sicht ist eine Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten im Öffentlichen Dienst genau so wenig gerechtfertigt, wie in der privaten

Wirtschaft. Der Gesetzgeber reagiert damit nur auf die heute bestehende Rechtslage in der Arbeitswelt.

Die Begründung für die Änderung des BPersVG durch das Bundesinnenministerium ist hingegen wenig nachvollziehbar. „Dass dieses Gesetz zum 01. Oktober geändert sein muss, liegt an der Einführung des neuen Tarifvertragswerkes für den öffentlichen Dienst (TVöD), in dem die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten fällt“, so das BMI. Danach hätte über viele Jahre hinweg die Gruppenunterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten im Betriebsverfassungsgesetz nicht existieren dürfen. Seit wann die Struktur von Tarifverträgen über Gruppenprinzipien in der Mitbestimmung entscheiden können, das bleibt allein das Geheimnis des BMI.

### Ergebnisse des Mikrozensus 2004: Berufspendler fahren zu 67% mit dem Auto

Der Mikrozensus ist mit rund 830.000 befragten Personen in rund 390.000 Haushalten die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa.

Das Auto ist für die meisten Berufspendler das wichtigste Verkehrsmittel und hat in den vergangenen Jahren seinen Anteil am Pendleraufkommen leicht erhöht: Gut 67% der Pendler nahmen im März 2004 für den Hauptteil des Weges zur Arbeit das Auto, 1996 waren es knapp 65%.

Nicht wesentlich verändert hat sich zwischen 1996 und 2004 der Anteil der Pendler, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Arbeit kommen – 2004 waren es 18%, 1996 gut 19%. Stabil blieben auch die Pendleranteile des öffentlichen Nahverkehrs (Bus, U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn) mit 11% (1996: 12%) sowie der Eisenbahn mit 2% (1996: ebenfalls 2%).

Je höher das Einkommen, desto eher wird der PKW genutzt. Von den Pendlern mit einem Monatsnettoeinkommen ab 2.900 Euro fuhren im März 2004 78% mit dem Pkw. Mit steigendem Einkommen werden längere Wege zwischen Wohnung und Arbeitsort in Kauf genommen: Im März 2004 fuhren 8% der Pendler mit weniger als 500 Euro, aber gut ein Viertel (27%) der Pendler mit mindestens 2.900 Euro monatlichem Nettoeinkommen 25 Kilometer oder weiter zur Arbeit. Steigende Entfernungen begünstigen wiederum die Nutzung des Pkw als Hauptverkehrsmittel: Bei Einkommen ab 2.900 Euro und Pendeldistanzen ab 25 Kilometer lag der Anteil der Pkw-Fahrenden bei 86%, also weit über dem Durchschnitt.

Frauen nutzten auf ihren Arbeitswegen zu einem deutlich höheren Anteil (16%) öffentliche Verkehrsmittel als Männer (10%). Das Pendeln mit dem Fahrrad oder zu Fuß war bei den Frauen ebenfalls erheblich weiter verbreitet (22%) als bei den Männern (15%). Auch hier hängen Wegstrecke und Verkehrsmittel zusammen: 59% der Frauen legten weniger als zehn Kilometer zum Arbeitsplatz zurück, gegenüber nur 46% der Männer. Mindestens 25 Kilometer zur Arbeitsstätte fuhren 21% der Pendler, aber nur 12% der Pendlerinnen. Diese Unterschiede sind vor allem darauf zurückzuführen, dass Frauen deutlich häufiger als Männer Erwerbstätigkeiten mit geringem Verdienst ausüben (z.B. Teilzeitarbeit, Tätigkeiten auf unterer Hierarchiestufe).

Quelle: Statistisches Bundesamt März 2005

## Aus den Gewerkschaften:

### CGB-Landesverband Bremen neu formiert

Gewerkschafter besorgt über neoliberalen Kurs der etablierten Parteien

Auf seinem turnusmäßigen Landesgewerkschaftstag hat sich Ende Juli der CGB-Landesverband Bremen neu formiert. Die Delegierten der CGB-Mitgliedsgewerkschaften wählten einen neuen elfköpfigen Landesvorstand mit Peter Rudolph an der Spitze. Der 54-jährige alte und neue Landesvorsitzende ist ein erfahrener Vertreter von Arbeitnehmerinteressen: Er war elf Jahre hauptamtlicher Landesgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse in Bremen.



Zum stellvertretenden Landesvorsitzenden wählten die Delegierten den Bezirksvorsitzenden der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) und Betriebsratsvorsitzenden der Hella-Fahrzeugkomponenten GmbH, Hans-Joachim Spille, der die christlichen Gewerkschaften auch in der Vollversammlung der Arbeitnehmerkammer vertritt. Dritte im Bunde ist die DHV-Bezirksgeschäftsführerin Martina Grell. Sie wurde von den Delegierten auch mit der Geschäftsführung des CGB-Landesverbandes betraut.

Die Delegierten erteilten den Forderungen des Handwerks nach Anrechnung von Krankheits- auf Urlaubstage eine ebenso klare Absage wie den Arbeitsmarktreformen der Hartz-Gesetzgebung. Die Situation von Langzeitarbeitslosen habe sich spürbar verschlechtert und zu keinem Rückgang der Massenarbeitslosigkeit geführt.

Besorgnis herrscht auch über die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt. Die Entwicklung dürfe nicht beschönigt werden. Dabei sei auf die von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Zahlen zu verweisen, nach denen in Bremen für 2.661 noch nicht vermittelte Bewerber lediglich 689 unbesetzte Ausbildungsplätze zur Verfügung stünden. Selbst wenn die Nachvermittlungstätigkeiten ähnlich erfolgreich sein sollten, wie im Vorjahr, ändere dies nichts an der Tatsache, dass noch eine „Bugwelle“ von rund 3000 in Sondermaßnahmen geparkten Jugendlichen existiere. Diese müssten eigentlich der Zahl der Ausbildungsplatzbewerber hinzugerechnet werden.

Es sei deshalb auch unsinnig, neue Ein-Euro-Jobs für Jugendliche als Erfolg zu feiern, obgleich es sich auch hier lediglich um „Warteschleifen“ handele.

Die Delegierten warnten die etablierten Parteien angesichts der sich abzeichnenden politischen Neuwahlen vor einer weiteren Vernachlässigung von Arbeitnehmerinteressen und Fortsetzung ihres neoliberalen Kurses.

Sie kritisierten insbesondere die vorgesehenen Beschränkung des Kündigungsschutzes auf Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten, die mehr als 6 Millionen Arbeitnehmer ihres Kündigungsschutzes berauben werde.

\*\*\*\*\*

### CGM: „Mitbestimmung zu mehr Demokratie nutzen!“

Berlin/Stuttgart – „Die direkte Wahl der Betriebsräte über Vorschlagslisten hat sich bei den Betriebsratswahlen bewährt und als demokratisch wirksames Element der Arbeitnehmervertretung erwiesen. Deshalb fordert die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) das Direktwahlverfahren auch bei der Wahl von Aufsichtsräten einzuführen.“ Dies betonte der Bundesvorsitzende der CGM Reinhardt Schiller vor Industrievertretern in Stuttgart. Er sprach sich mit besonderem Nachdruck „gegen den heute zugunsten der Großgewerkschaften üblichen Delegierten-Tourismus“ aus, der neben erheblichen Kosten auch eine Entmündigung der Beschäftigten mit sich bringt.

„Die direkte Wahl der Aufsichtsratsmitglieder und ihre damit einhergehende Abhängigkeit vom einzelnen Wähler kann auch verhindern helfen, dass Aufsichtsräte ihre Mandate missbrauchen, wie dies bei VW der Fall zu sein scheint, und den Möglichkeiten welchen auch der ehemalige IG Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler als Insider erlegen ist“, betonte Schiller.

Die CGM als stärkste Mitgliedsgewerkschaft des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands (CGB) hat nach Ausführungen ihres Bundesvorsitzenden und stellvertretenden CGB-Chefs „schon immer auf die Selbstverantwortung der Arbeitnehmer gesetzt und gefordert, die Beschäftigten sollten aus

den eingereichten Wahlvorschlägen ihre Aufsichtsratsmitglieder direkt wählen können, wie dies bei Betriebsratswahlen selbstverständlicher und guter Brauch ist.“ Neben einer deutlichen Vereinfachung sei vor allem die Kostenersparnis und ein deutliches Plus an Demokratie das Ziel der CGM.

### Korrektur:

Im CGB-Intern Ausgabe Juli 2005 wurde von einem Besuch des CGB Baden-Württemberg beim Technologieunternehmen EADS berichtet. Fälschlicherweise hat die Redaktion Immenstadt im Allgäu mit dem Ort Immenstaad bei Friedrichshafen verwechselt. Das EADS Werk in Immenstaad ist selbstverständlich besucht worden. Die Redaktion entschuldigt sich für dieses Versehen.

	Termine * Termine * Termine
13. - 16.9.	Bundesgewerkschaftstag CGPT
12. - 13.9.	Tagung von EUROFEDOP zur Da-seinsvorsorge in der EU in Luxemburg
7. - 9.10.	CGB-Arbeitsgemeinschaft in der CDA: Bundestagung in Königswinter
4.11.	CGM-Thementag in Dresden